

Außenansicht

Wer Kohlenstoff herstellt oder in Verkehr bringt . . .

. . . sollte erst einmal das Recht dazu erwerben müssen – und sofort würde die Menschheit weniger Kohlendioxid erzeugen

Von Gerd Eisenbeiß

atom ein Kohlendioxid-Molekül. Ein Kilo Steinkohle wird auf diese Weise zu fast 3,7 Kilogramm Kohlendioxid. Ein Kilo Erdgas wird zu etwa 2,7 Kilo Kohlendioxid (weil Erdgas auch Wasserstoff enthält); die Werte für Rohöl, Benzin und Diesel liegen dazwischen. Klimaschutz heißt also, auf diese Rohstoffe weitgehend zu verzichten.

Wie funktioniert Klimaschutz heute? Das vor zehn Jahren in Kyoto vereinbarte Verfahren setzt beim Ausstoß von Kohlendioxid an und will ihn in festgelegten Zeitschritten immer stärker begrenzen, also kappen (Englisch: „to cap“). Jedem Land wurde ein Kontingent an Kohlendioxid zugewiesen, das es künftig noch ausstoßen darf. Wer seine Emissionsrechte nicht ausschöpft, darf sie an andere verkaufen, die mit ihrem Kontingent nicht

zurechtkommen. Die Emissionsrechte dürfen also gehandelt (Englisch: „to trade“) werden, weshalb man von einem „cap & trade“-System spricht.

Das klingt sehr marktwirtschaftlich, hat aber einen großen Nachteil: Die genaue Bestimmung des Kohlendioxid-Ausstoßes ist zwar bei Großanlagen wie Kraftwerken, Raffinerien oder Stahlwerken gut machbar – nicht aber bei Autos, Heizungen und anderen Kleinanlagen. Dieses Manko ist der Grund, weshalb nun all die Einzelvorschläge gemacht werden, für Glühlampen, Biomasse, und so weiter. Dabei ginge es so einfach, wenn Klimaschutz mit Mut und Transparenz betrieben würde.

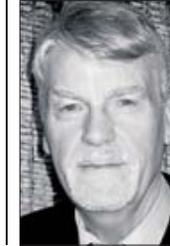
Ansatzpunkt einer Reform des Klimaschutzes muss die Tatsache sein, dass al-

les freigesetzte Kohlendioxid zuvor in Form von Kohle, Öl und Erdgas, Benzin oder Diesel auf den Markt gekommen ist. Diese Menge an Kohlenstoff ist technisch und organisatorisch leicht zu ermitteln. Man muss nur alle auf den Markt kommenden Kohlenstoff-haltigen Energieträger erfassen und sodann nach ihrem Kohlenstoffgehalt bewerten. Mit anderen Worten: Wer solche Kohlenstoff-haltigen Energieträger importiert, bergmännisch fördert oder herstellt, der muss zuvor das Recht kaufen, diesen Kohlenstoff in den Handel zu bringen. Diese „Kohlenstoff-Lizenz“ kann gehandelt werden wie heute das Kohlendioxid-Emissionsrecht. Vor allem aber: Die Festlegung sowie fortschreitende Kappung der zulässigen Gesamtmenge an Kohlenstoff erzwingt exakt die angestrebte Kohlendioxid-Obergrenze – denn aus jeder Tonne Kohlenstoff werden nun mal knapp 3,7 Tonnen Kohlendioxid.

Die Umstellung des Emissions- auf den Kohlenstoffhandel wäre nicht schwierig. Der Preis für die Kohlenstoff-Lizenzen würde natürlich in die Energiepreise eingehen, das heißt, alle fossilen Energieträger würden teurer, und zwar entsprechend ihres jeweiligen Kohlenstoffgehalts. Insgesamt aber wäre das System billiger. Denn der Markt findet die jeweils billigste Strategie zur Erreichung des Emissionsziels leichter als der Staat mit Einzelvorschriften zu Glühlampen et cetera. Alle Unternehmen und Ver-

braucher würden durch die Energiepreise in transparenter und gleicher Weise gelenkt, Energie zu sparen und damit etwas für den Klimaschutz zu tun.

Da jedermann wohl das Ziel hätte, die hohen Energiekosten zu vermeiden, würden Millionen Menschen zum Nachdenken darüber gebracht, wie sie durch Investitionen, Innovationen sowie durch Verhaltensänderungen Geld und Energie sparen und so dem Klimawandel entgegenwirken können. Die Wärmedämmung älterer Gebäude käme endlich in Schwung, Energiesparlampen würden freiwillig gekauft, in ihrer Eigenschaft als Autofahrer würden die Menschen sparsamere Fahrzeuge kaufen und damit weniger und sparsamer unterwegs sein – der ganze verschwenderische Lebensstil würde unter Druck geraten. Wichtig in einem freien Land ist aber, dass der Einzel-



Gerd Eisenbeiß, 65, war bis 2006 Energievorstand des Forschungszentrums Jülich. Er gehört der „Advisory Group Energy“ an, dem 25-köpfigen Beraterrgremium der EU-Kommission. Foto: oh

ne sich weiterhin verhalten kann, wie er es in Abwägung seiner Interessen für richtig hält und bezahlen will: Energieparlampen sind eben zwar nützlich, aber manchmal nicht sehr gemütlich.

Zugleich wäre ein „cap & trade“-System mit Kohlenstoff-Lizenzen intelligenter als eine Energiesteuer, die zwar ebenfalls dem Prinzip der Steuerung über den Preis folgen würde, allerdings keine Handelskomponente enthielte. Denn der Staat wüsste bei Festlegung des Steuersatzes nicht, ob er auf dem Markt damit tatsächlich sein Ziel erreichen würde, die Emissionen zu senken; vermutlich müsste er immer wieder nachregeln. Dagegen garantiert der Lizenzhandel auf der Basis von Marktpreisen, die immer wieder neu austariert werden, das Erreichen des Ziels.

Vor allem aber: Es wären keine Einzelvorschriften für Glühlampen, Flottenverbrauch von Autos, Wärmedämmung oder Quoten für Bio-Kraftstoffe und so weiter mehr erforderlich. Zudem eröffnen die Lizenz-Erlöse auch Spielraum, um einkommenschwachen oder kinderreichen Bürgern einen Ausgleich zu zahlen oder Forschung und Technologie besser zu fördern. Denn nur Energieforschung kann die Kosten erneuerbarer Energien oder klimaschützender Energietechniken nachhaltig verbilligen – und damit den Klimaschutz für die Menschen im Alltag akzeptabel machen.